



## Resolution der Delegiertenversammlung des Schweizerischen Bauernverbands vom 12. November 2007 zuhanden des Bundesrats

### Rückbesinnung des Bundesrats nötig

**Die Delegierten des Schweizerischen Bauernverbands fordern den Bundesrat auf, den einseitigen Kampf gegen die angeblich zu hohen Lebensmittelpreise zu stoppen. Die aktuelle Realität sieht anders aus. Zudem erwartet die Landwirtschaft, dass er den Willen des Parlaments zur AP 2011 umsetzt.**

Der Bundesrat hat sich dem Kampf gegen die Hochpreisinsel Schweiz verschrieben. Gemeint sind aber meist nur die Lebensmittel. Deren Preise sollen mit einem Agrarfreihandelsabkommen mit der EU um 25 Prozent sinken. Die Delegierten des Schweizerischen Bauernverbands verlangen, dass der Bundesrat die veränderten Rahmenbedingungen berücksichtigt. Der Preisunterschied zum nahen Ausland hat sich im vergangenen Jahr massiv verkleinert. Bei gewissen Produkten ist die Schweiz gleich teuer oder sogar günstiger als das Ausland. Bei anderen, wie beispielsweise beim Fleisch, sind mit dem Preis auch beträchtliche Qualitätsunterschiede verbunden. Zudem sind die Löhne bei uns höher und unsere Kaufkraft ist deutlich besser als jene unserer Nachbarn. Ganz abgesehen davon, dass ökologisch und tierfreundlich produzierte Lebensmittel einen angemessenen Wert haben sollten. Die Konsumenten sind gemäss allen Umfragen durchaus bereit, diesen Zusatzwert einheimischer Produkte zu bezahlen. Unsere Lebensmittelpreise bieten ein einmalig gutes Preis-/Leistungsverhältnis. Der Bundesrat soll sich auf die wirklichen Probleme konzentrieren!

Massnahmen zur Kostensenkung werden von der Landwirtschaft begrüsst. Allerdings dürfen diese nicht zu einer Verschlechterung der Qualität oder zu einer Benachteiligung der Inlandproduktion auf dem Markt führen. So ist beispielsweise beim Cassis de Dijon-Prinzip die Deklaration des Herkunftslands absolut zwingend.

In der nächsten Zeit steht weiter die Debatte über das geplante Sparprogramm an. Der Bundesrat will auch die vorgesehenen Mittel für die Landwirtschaft kürzen. Damit handelt er dem Ansinnen des Parlaments ganz klar zuwider. Dieses hat im vergangenen Sommer beschlossen, den Zahlungsrahmen beim Reformpaket AP 2011 um 150 Mio. Franken zu erhöhen. Die Delegierten des Schweizerischen Bauernverbands erwarten vom Bundesrat, dass er den Willen der höchsten gesetzgebenden Instanz respektiert und umsetzt.